

**2. Tagung der Föderationssynode
der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland
vom 17. bis 19. 11. 2005 in Gera**

DS 2.1/1

Tätigkeitsbericht der Föderationskirchenleitung
Bischof Axel Noack

Achtung. Sperrfrist:
17.11.2005 – 17 Uhr.
Es gilt das gesprochene Wort.

Frau/Herr Präses, hohe Synode,
liebe Schwestern und Brüder!

Die Kirchenleitung hat darum gebeten, dass ich als Vorsitzender in diesem Jahr einen kurzen Bericht zur Lage gebe. Das soll hier geschehen. Dabei wird es so sein, dass ich stärker den Part übernehme, der von den Herausforderungen für unsere Kirche redet. Landesbischof Kähler wird in seinem Bericht bedenken, wie unsere Kirche heute das wachsende Interesse an religiösen Fragen aufnehmen kann.

Zu den Herausforderungen, vor denen wir stehen, gehört natürlich auch die gesellschaftliche Situation. Darauf kann ich jetzt im Einzelnen nicht eingehen. Zu drei Themenfeldern des gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskurses, nämlich zu den Themen „Orientierung und Partizipation“, „Kinder und Familie“ und „Diskussion um die Sterbehilfe“, wird im Anhang ein Auszug aus dem Bericht des Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Wolfgang Huber, angefügt, der zur eigenen Orientierung dienen kann.

Also: **Bericht zur Lage unserer Föderation**

1. Die Wahrheit wird uns frei machen

Wie aber ist unsere Lage? Das Thema dieser vorletzten Woche im Kirchenjahr gibt uns das Signal: Seid vorsichtig mit eurem Urteil. Eure Selbsteinschätzung könnte ganz falsch sein.

Unter dem Wochenspruch :

„Wir müssen alle offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi.“ (2.Korinther 5,10)

haben wir auf das bekannte Evangelium vom großen Weltgericht gehört und wir erinnern uns daran, dass die zur „Rechten“ und zur „Linken“ alle miteinander erstaunt waren, weil ihre Lageeinschätzung falsch gewesen ist. („Herr, wann haben wir dich hungrig gesehen und haben dir zu essen gegeben, oder durstig und haben dir zu trinken gegeben? Wann haben wir dich als Fremden gesehen und haben dich aufgenommen, oder nackt und haben dich gekleidet?“)

Am Ende werden wir uns alle wundern. Am Ende können wir alle nur auf Gottes Gnade und Barmherzigkeit rechnen. Das ist wahr. Aber das Ende ist eben nicht nur bedrohliches Gericht, sondern dann wird auch Klarheit herrschen und alle unsere Prognosen und Lageeinschätzungen, unsere Befürchtungen und unsere Hoffnungen

werden wir in einem neuen Lichte sehen: „Wir müssen alle offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi.“: Das soll uns allen ein wirklicher Trost sein. So wird es sein!

Aber soweit ist es noch nicht und wir werden uns also auch in diesem Jahr mühen müssen, möglichst klar zu sehen und möglichst richtig zu entscheiden, und beidem wollen wir uns mutig stellen.

Um die Lage deuten zu können, um zu verstehen, wie sie im Hören auf das Wort Gottes und im Lichte dieses Wortes zu deuten ist, muss erst einmal wahrgenommen werden, was wirklich ist. Dabei sollten wir im 15. Jahr der Wiedervereinigung nicht zu kurz ansetzen sondern einfach danach fragen: wo stehen wir heute?

Die Antwort auf diese Frage fällt nicht so leicht. Wer sich in unserer Kirche umsieht, wird schnell verwirrende Eindrücke erhalten. An so vielen Stellen passieren wirklich Aufbrüche, an so vielen Stellen sind Menschen mit großer Freude an der Arbeit und sie erfahren Neues und so deuten sie auch unsere Situation. Sie meinen, für die Kirche und ihre Arbeit gebe es jetzt eine gute Zeit. Eine Zeit des wirklichen Aufbruchs. Aber: Gar nicht weit davon kann es auch das genaue Gegenteil geben - Müdigkeit und Missmut und die alles überwuchernde Sorge, die kirchliche Arbeit könnte immer mehr überdehnt werden und schließlich ganz zum Erliegen kommen.

Beides gilt es wahrzunehmen und beides muss miteinander ausgehalten werden. Da mag uns trösten: Es ist in unserer Kirche keine neue Erfahrung, dass sich die Lage ganz unterschiedlich deuten lässt. Ja, dass man nicht so recht weiß, welches Fazit eigentlich zu ziehen ist. Solche verwirrenden Einschätzungen der Situation der Kirche gab es eigentlich zu fast allen Zeiten.

Lassen sie mich an ein eindrückliches Beispiel erinnern, das jetzt ca. 80 Jahre zurückliegt: Das renommierte Kirchliche Jahrbuch, das seit 1874 nahezu jährlich erschienen ist und immer noch erscheint, enthielt in den ersten Jahrzehnten seines Erscheinens immer einen vom Herausgeber verfassten Abschnitt mit dem etwas schwerfälligen Titel: „Der Untergrund der kirchlichen Zeitlage“. Ich zitiere die Einschätzung des Herausgebers Dr. J. Schneider aus dem Jahre 1927:

„Auf meinem Schreibtisch liegen griffbereit: links eine vom modernen Zeitgeist geborene Reihe von Zeitschriften, welche von der „Agonie des Christentums“ und vom rettungslosem Verfall der Kirche reden und darüber das Buch von Piechowski, „Proletarischer Glaube – die religiöse Gedankenwelt der organisierten deutschen Arbeiterschaft nach sozialistischen und kommunistischen Selbstzeugnissen“; rechts das bekannte von D.Dibelius verfasste Buch: „Das Jahrhundert der Kirche“.

...

Könnte man einem von einem anderen Gestirn kommenden, mit der Fähigkeit scharfen logischen Denkens ausgerüsteten Geschöpf ... den Auftrag (erteilen): Nun urteile über die religiöse Lage in Deutschland - er würde wahrscheinlich seufzend bekennen: Ich weiß nicht, wie ich urteilen soll. Die glühende Röte einer in Reibungen erhitzten Zeit umgibt uns. Welches Horoskop stellt sie dem Christenglauben überhaupt, der Kirche speziell?

Ist es die Abendröte, die bald in der Nacht untergehen wird, oder die Morgenröte, die die aufsteigende Sonne kündigt? Welche Stunde zeigt Gottes Uhr?"

Wir sehen mal von der etwas emphatischen, ungewohnten Sprache ab, aber fragen: Was liegen denn auf unseren Schreibtischen für Bücherstapel?

Auf der einen Seite möglicherweise eine DVD mit den vielen Filmbeiträgen und dem so wunderschönen Gottesdienst zur Einweihung der Frauenkirche. Oder die vielen

Bücher und Broschüren, Chroniken und Bilder, die von den so staunenswerten Bau-
maßnahmen an unseren Kirchen überall im Land Zeugnis geben.

Möglicherweise liegen da auch die Einsichten vor, die von McKinsey und dem ZDF,
die in der Umfrage „Perspektive Deutschland“ in diesem Sommer veröffentlicht wur-
den:

„* Die generelle Zufriedenheit der Prototestanten mit hoher Kirchenbindung liegt
deutlich über dem Niveau der Gesamtbevölkerung.“

* Christen haben deutlich geringere Zukunftssorgen.

* Praktizierende Christen setzen verstärkt auf soziale Verantwortung und haben ein
im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich ausgeprägteres Verantwortungsge-
fühl.“

Auf dem anderen Stapel, der bestimmt nicht kleiner ist, liegen dann die Tabellen und
Kurven mit den Zahlen unserer Mitglieder, die langsam aber stetig nach unten wei-
sen. Es liegen da die Prognosen über den wachsenden Altersdurchschnitt unserer
Gemeindeglieder und die abnehmende Finanzkraft. Möglicherweise auch Berichte
darüber, wie viele unserer Mitarbeiter aus gesundheitlichen Gründen schon vorzeitig
in den Ruhestand gehen müssen und wie viele ausgebrannt und müde geworden
sind. Also auch bei uns die schwer zu beantwortende Frage: „Morgenröte“ oder „A-
bendröte“?

Entsprechendes enthielt auch der Bericht Bischof Hubers vor ca. einer Woche vor
der EKD-Synode. Auch er beschreibt unsere Situation in unterschiedlichen Bildern:
Es bestehen, so sagte er,

*„... auch innerkirchlich eine Reihe positiver Ausgangsbedingungen. Interne
kirchliche Konflikte, die in zurückliegenden Jahrzehnten viele Kräfte gebunden
haben, sind weitgehend überwunden. Die Kirche als Institution zieht wachsende
Zustimmung auf sich. Die Zahl der Wiedereintritte und Erwachsenentaufen zeigt
langsam, aber kontinuierlich nach oben. Die Resonanz evangelischer Bildungs-
arbeit ist ermutigend; die Tatsache, dass auch zu Beginn dieses Schuljahrs im
Bereich der östlichen Gliedkirchen der EKD wieder eine erhebliche Zahl evan-
gelischer Schulen neu mit der Arbeit begonnen hat, ist dafür ein deutliches und
wichtiges Signal.*

*Aber mit diesen ermutigenden Signalen verbinden sich große Herausforderun-
gen, die teils im allgemeinen gesellschaftlichen Wandel, teils auch in spezifisch
kirchlichen Entwicklungen begründet sind. Die demographischen Veränderun-
gen und der dadurch ausgelöste Rückgang in der Zahl der Gemeindeglieder
sind dabei ebenso zu nennen wie die Tatsache, dass wir mit wichtigen kirchli-
chen Angeboten weit weniger Menschen erreichen als wir wollen.“*

Alles in allem: Wir werden auch heute die Ungleichzeitigkeit und Gegensätzlichkeit
aushalten müssen und zu gestalten suchen.

Wir werden vor allem darauf achten müssen, dass unsere Blicke nicht einseitig wer-
den und wir werden versuchen müssen, die Wirklichkeit in ihrer Gänze wahrzuneh-
men. Und schließlich - was das Wichtigste ist - wir werden in alledem unsere Situati-
on im Lichte der Verheißungen Gottes zu sehen haben.

2. Wahrnehmen, was ist

Zu sagen was ist, das sei eine revolutionäre Tat, so hat es schon Ferdinand Lassalle vor über 150 Jahren formuliert. Uns Christen darf dazu der Mut nicht fehlen. Wer das Kreuz Christi vor Augen hat, scheut sich nicht, hinzusehen, wenn es in der Welt schwierig ist. Ja, wir erwarten, dass das Wort Gottes uns dazu anleitet, uns der Situation in aller Klarheit zu stellen. Die Wahrheit wird euch frei machen, das wissen wir doch. Gerade aus der Gewissheit des Glaubens muss der Mut folgen, einer Situation in ihrer nackten, unverhüllten Wirklichkeit ins Auge zu sehen. Und möglicherweise ergibt die nüchterne Analyse, dass einige Befürchtungen übertrieben, aber auch angeblich sichere Hoffnungen vergeblich sind. Aber was heißt das für die Situation unserer Kirche in diesen Zeiten? Gerade weil unsere Wirklichkeit so stark von Gegensätzen geprägt ist, geraten wir immer in die Gefahr, unseren Blick mehr oder weniger stark auf die eine Seite zu wenden und die andere Seite der Wirklichkeit auszublenden. Was ich nicht sehen will, muss ich nicht sehen. Auch unter uns gibt es dieses „Wegsehen“ oder das „Am-liebsten-nicht-hinsehen“.

Ich nenne z.B. das Thema Kirchenaustritt. Auch wenn zur Zeit diese Zahlen eher abnehmen, sind sie doch in jedem einzelnen Fall ein schmerzlicher Vorgang. Will ich das wirklich wissen? Erleben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solche Austritte als eine persönliche Kränkung, über die sie aus Scham nicht reden möchten? Wie gehen Kirchenälteste und Gemeindeglieder damit um, wenn Kinder oder Enkel aus der Kirche austreten? Wird darüber geredet und gehen wir auf die Ausgetretenen wirklich offen zu? Es war sehr gut, dass die Thüringische Kirche sich offensiv dem Thema in einer Wiedereintrittskampagne gestellt hat. Da musste ja dann auch über Austritte, ihre Ursachen und unsere möglichen Fehler gesprochen werden. Wenn es gelingt, dies in den Gemeindekirchenräten ausführlich und ohne Scham zu bedenken, werden wir den Menschen um uns her zeigen, dass wir letztlich den Zusagen Gottes trauen und nicht ängstlich fixiert auf die Statistiken blicken.

Übrigens, ähnlich verschämt behandeln wir unter uns das Thema Jugendweihe. Wenn ich in den Kirchengemeinden danach frage, wer bei ihnen die Jugendweihe durchführt, welche thematischen Angebote dort gemacht werden oder wie die Teilnehmerzahlen wirklich sind, erhalte ich meist nur zögerliche Antwort. Die meisten unserer Schwestern und Brüder im Pfarrdienst kennen die Veranstalter nicht und haben sich auch noch nie damit beschäftigt. Sie haben weder im Konfirmandenunterricht noch in der Elternarbeit diese Thematik aufgegriffen. Es scheint Folgendes zu gelten: Am liebsten will ich gar nicht wissen, wer von meinen Konfirmanden auch noch zur Jugendweihe geht. Denn irgendwie kränkt es mich persönlich, auch wenn die Teilnahme an der Jugendweihe für viele das Selbstverständlichste auf der Welt ist. Dabei sollten wir viel offensiver und viel weniger gekränkt mit diesem Thema umgehen: Wir haben doch mit der Botschaft des Evangeliums einen wirklich Inhalt, der zum tragenden Grund werden kann.

Und schließlich: Sehr erhellend ist auch, wie wir mit dem nun einmal nicht zu bestreitenden Kleinerwerden unserer Kirche umgehen. Die Tatsache bestreitet niemand. Aber reden wir offen darüber? Ich habe schon vor längerer Zeit laut gesagt, dass eine unserer Kernfragen heute lautet: „Wie wird man fröhlich kleiner?“ Ich konnte mit dem Satz eigenartige Erfahrungen machen: Ich hätte das nicht gedacht, aber auch in unserer Kirche und in den Köpfen von Gemeindegliedern und Mitarbeitern gibt es manchmal „ideologische Sperren“.

Vom Kleinerwerden der Gemeinden darf man eigentlich nicht reden. Dabei erleben wir dies tagein und tagaus und müssen uns mit dieser Situation auseinandersetzen. Es ist mühselig, dieses Kleinerwerden zu gestalten und das wissen alle, die sich mit den Strukturen in den Kirchen und den knapper werdenden Mitteln zu beschäftigen haben.

Aber Kirche muss doch wachsen, Gemeinden müssen auferbaut und gebaut werden und an Kleinerwerden darf man gar nicht denken, weil das wohl eine Form des Unglaubens sei.

Andere finden es überhaupt unanständig, an Zahlen und Finanzen zu denken: „Man kann doch nicht alles von der Größe der Gemeinde und vom Geld abhängig machen!“

Mein Fazit: Wir brauchen heute Beides - Klarheit und Gottvertrauen!

Zur nüchternen Wahrnehmung dessen, was ist, gehört es auch zuzugeben, dass etliche unserer Prognosen, die wir in den letzten 15 Jahren aufgestellt haben, so nicht richtig waren. Lassen sie mich einige nennen:

Da gab es gleich nach der Wende – weniger unter uns als bei unseren westlichen Geschwistern - die Erwartung, wenn die SED weg ist, werden die Leute wieder zur Kirche gehören, und es wird nicht lange dauern, dann werden sich die Unterschiede der Kirchenmitgliedschaft in Ost und West angleichen oder ausgleichen. Das hat sich als Fehlprognose erwiesen.

Daneben gab es eine andere Prognose, die wurde vornehmlich im Osten gerade auch von kirchlichen Mitarbeitern vertreten, und die lautete: Wir sind im Osten schon einen Schritt weiter als die Kirche im Westen. Wir haben das alles schon hinter uns, was die noch vor sich haben. Wir haben die "Karteileichen" schon aussortiert. Wir sind nur noch die "Kerntruppe" der wirklich "echten" Gemeindeglieder und Christen. Und manche dachten schon, wir seien eine Art "bessere Kirche". Es gab auch viele meiner westlichen Pfarrersfreunde und Kollegen, die haben so ihre eigene Sehnsucht auf uns projiziert und nicht selten versucht, uns einzureden, was ihr im Osten lebt, ist die Zukunft der Kirche. Nicht wenige von denen sind jetzt enttäuscht darüber, dass wir im Osten eben auch nicht besser sind und auch nicht die Kraft dazu hatten, eine wirklich kleine und arme, aber fröhliche Kirche zu sein. Wir müssen am Ende feststellen, wir sind nicht besser, wir sind genauso schwach, genauso menschlich, nur noch kräftig geschädigt. Wir haben auch nicht die Lösung, wir haben uns nicht - das kann keiner mehr behaupten, der sich unsere Kirche nüchtern ansieht - "gesund geschrumpft", sondern wir haben uns krank geschrumpft. Wer von „Gesundsschrumpfen“ redet, der soll sich nicht uns als Vorbild nehmen.

Oder: Mitte der Neunziger Jahre, als sich Veränderungen bei der Kirchensteuer abzuzeichnen begannen, nachdem diese von 1990 an immer nur gestiegen waren, ergaben sich fürchterliche Prognosen für unsere Finanzentwicklung. Sie sind aus heutiger Sicht so nicht eingetreten. Freilich dürfen wir daneben auf keinen Fall vergessen, dass wir immer noch einen großen Anteil unserer Finanzen der Hilfe der westlichen Kirchen verdanken. Es war deshalb vollkommen richtig, dass wir in unseren beiden Teilkirchen schon damals anfangen, mutige Schritte zur Einstellung auf die veränderte Situation zu gehen.

Oder noch ein letztes Beispiel: Besonders wir in der KPS waren schon vor der Wende relativ fest davon überzeugt, dass die Baulast an unseren vielen Kirchen und Pfarrhäusern eigentlich nicht würde zu tragen sein. Der marode Zustand unserer Gebäude lag wie ein schwerer Albdruk auf uns. Auch wenn unsere Bauprofis ganz sicher immer noch der Meinung sind, dass es auch heute noch ganz fürchterliche Situationen gibt und manches Bauwerk bedroht ist, müssen wir doch ganz ehrlich

zugeben: Niemand von uns hätte im Traum daran gedacht, dass es schon nach 15 Jahren so viele renovierte Kirchen, so viele sanierte und neue Orgeln, und gar nicht zu reden von den ungezählten neuen Glocken und Geläuten, geben würde. Das ist ein Wunder vor unseren Augen! Wir können gar nicht froh und dankbar genug über diese Entwicklung sein.

Freilich, auch das ist uns passiert: Weil wir so intensiv die finanzielle Entwicklung beobachtet haben, konnten oder wollten wir nicht so deutlich wahrnehmen, dass unsere Gemeinden viel schneller kleiner geworden sind als unsere Finanzen das wurden. Darauf müssen wir noch zurückkommen.

3. Wahrnehmen, was ist, im Blick auf die demografische Entwicklung

Zu den Dingen, die wir erst langsam beginnen Ernst zu nehmen, gehört die demografische Entwicklung unseres Landes.

Über die Härte des Problems kann man sich leicht täuschen. Vor allem ist es bisher immer noch gut möglich, die Auswirkungen auf unsere Kirche und auf unsere gemeindliche und übergemeindliche Arbeit zu übersehen. In unseren sonntäglichen Gottesdiensten z.B. ist diese Entwicklung noch nicht angekommen. Gar nicht so selten werde ich in anklagenden Briefen aus Kirchengemeinden, die sich mit Nachdruck und Unterschriftslisten für den Erhalt der Pfarrstelle oder des Pfarrsitzes in ihrem Dorf einsetzen, konfrontiert. In solchen Schreiben findet sich nicht selten der Hinweis: „Unsere Gemeinde ist doch lebendig. Zum Gottesdienst kommen jetzt eher mehr Leute als früher. Ganz bestimmt sind es nicht weniger.“

Die Geschwister haben recht und täuschen sich trotzdem. Das Kleinerwerden der Gemeinden ist im Gottesdienst noch nicht angekommen. Bei den deutlich zunehmenden „Großveranstaltungen“, bei Gottesdiensten im Freien und anderen Veranstaltungen, die heute „Event“ heißen, kommen ohnehin mehr Menschen als früher und das ist erfreulich. Auch in den Chören, Bläser- und Kindergruppen und in den Kirchbau- und Fördervereinen ist das Kleinerwerden so nicht zu spüren, weil dorthin – erfreulicher Weise – auch viele kommen, die nicht zur Kirche gehören. Es gibt eine Aufgeschlossenheit, die sich leider nicht oder noch nicht an unseren Mitgliederzahlen festmachen lässt.

Aber: Wenn ich die Signale aus den Gemeinden und Kirchenkreisen richtig deute, dann ist bei unseren Konfirmandenzahlen der Geburtenknick jetzt schon spürbar. Schlicht gesagt, es fehlen uns die, die nach 1990 nicht mehr geboren worden sind. Aus mehreren Gemeinden höre ich, dass es jetzt so wenig Konfirmanden gäbe wie noch nie seit der Wende. Die staatlichen Schulen im Land haben das schon lange gespürt. In Sachsen-Anhalt etwa ist bis heute ca. die Hälfte aller Schulen geschlossen worden und solche Schließungen setzen sich noch fort.

Dennoch gilt ganz generell: Wer will, muss die Auswirkungen des demografischen Wandels in unserer Kirche noch nicht wahrnehmen.

Dazu ein Beispiel: Bei einem Besuch in einem kleinen Dorf in der Kirchenprovinz sagte mir unlängst ein Kirchenältester: „Herr Bischof, zu uns müssen Sie nicht extra kommen, bei uns ist alles wieder in Ordnung.“ Auf meine Frage, woran er das denn festmache, dass alles in Ordnung sei, lautete die Antwort: „Die Kinder werden wieder alle getauft.“ Das ist in der Tat eine erfreuliche Entwicklung. Die Freude trübt sich leider nur etwas, als die Nachfrage ergab, dass in diesem Ort in den letzten zehn Jahren nur 13 Kinder geboren worden sind.

Dennoch lägen wir völlig falsch, wenn wir nicht auch dieses mit etwas Erstaunen feststellten: Gott sei Dank, scheint sich bei dem Thema der Taufe von Kindern ein umgekehrter Trend zu entwickeln. Diese Zahlen steigen langsam und zwar nicht nur

relativ, also im Verhältnis zu den wenigen geborenen Kindern, sondern auch absolut: Es werden mehr Kinder getauft als noch vor wenigen Jahren. Das ist erfreulich und nicht zuletzt deshalb wollen wir dem Thema Taufe verstärkte Aufmerksamkeit schenken.

Noch einmal zurück zur demografischen Herausforderung. Zur Zeit überschlagen sich die Veröffentlichungen mit dramatischen Zahlen und tiefgehenden Analysen über das, was unsere Gesellschaft noch zu erwarten hat. Eine umfängliche Veröffentlichung des „Berlin-Institutes für Weltbevölkerung und globale Entwicklung“ aus diesem Jahr unter dem Titel: „Deutschland 2020 - Die demografische Zukunft der Nation“ sagt in einer Gesamtbewertung: „Der Süden gewinnt – der Osten verliert.“ Der Text enthält solche ermutigenden Kapitelüberschriften im Blick auf die einzelnen Bundesländer wie die folgenden:

„Mecklenburg-Vorpommern: Das wichtigste Kapital sind die Leere und die Landschaft.“

„Brandenburg: Die Probleme der Hauptstadt werden zum Segen für das Umland.“

„Sachsen-Anhalt: Kein Bundesland hat nach der Wende größere Verwerfungen erfahren.“

„Thüringen: Massenabwanderung aus dem High-Tech-Land der DDR.“

„Sachsen: In Leipzig und Dresden ziehen neue Industrien ein – in der Oberlausitz die Wölfe.“

Aber auch solche Aussagen finden sich:

„Bayern: Alpenpanorama und Wirtschaftswunder“

„Baden-Württemberg: Wo die Zukunft ein Zuhause hat.“

Auf solche Prognosen dürfen wir natürlich nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren. Aber das ist doch klar zu sehen: Die Aussichten sind für keine Gegend so problematisch wie für die Bundesländer im MDR-Gebiet. Wir wären schlechte Haushalter, wenn wir davor die Augen verschließen würden.

Freilich dürfen wir auch sagen, dass diese Entwicklungen unsere Kirche ungleich weniger hart treffen als die Bundesländer im Ganzen. Im Saldo der Hin- und Wegzüge kommt die Kirche besser davon. So sind unter den vielen, die unsere Länder verlassen (müssen!), doch relativ wenige Kirchenmitglieder. Bei den wenigen, die zu uns kommen, ist dieser Anteil höher, so dass es einen gewissen Ausgleich gibt. Mit großem Erstaunen stellen wir allerdings auch fest, dass es durchaus häufiger vorkommt, dass jemand, der Erfurt, Gera oder Halle als „Heide“ verlässt, in Württemberg als Kirchenmitglied ankommt. Leider scheint das auch umgekehrt zu gelten: Nicht alle, die aus dem Ruhrgebiet als Kirchenmitglieder aufbrechen, kommen als solche hier an.

Auch werden unsere Kirchen etwas „geschont“, weil unsere Mitglieder oft zu den Älteren gehören, die nicht mehr so häufig wegziehen. Unser künftiges Problem sind die fehlenden Kinder, das ist jetzt schon sehr deutlich geworden. Wir alle wissen aber, dass wir da nur sehr wenig Einfluss nehmen können. (Gott sei Dank haben unsere Pfarrerinnen und Pfarrer und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch relativ viele Kinder!) Dass uns die Kinder fehlen, darf uns nicht ruhig werden lassen. Deshalb muss den Familien, muss den Kindern, den Kindereinrichtungen und den Schulen unsere ganze Aufmerksamkeit gelten. Und auch deshalb hat das Thema „Taufe“ für uns so einen wichtigen Stellenwert. Um es kurz zu sagen, wir haben kein wirkliches „Kirchenaustrittsproblem“. Wir haben ein „Kircheneintrittsproblem“.

Aus allen diesen Gründen ist es so wichtig, Folgendes festzuhalten:

Für unsere Kirche muss nach wie vor gelten, trotz der derzeit negativen Trends und Prognosen für ein zahlenmäßiges Wachstum unserer Kirche, muss die Kirche wachsen wollen. Nicht das objektive Kleinerwerden unserer Kirche ist das eigentliche Problem, sondern die damit allzu oft verbundene innere Haltung der Resignation. Nicht eine kleine Kirche ist in der Substanz gefährdet, wohl aber eine Kirche, die den Anspruch wachsen zu wollen, aufgegeben hat. Damit ist die Frage nach dem Wachsenwollen letztlich eine theologische Frage und eine Frage nach unserem Vertrauen in Gottes Güte. Es ist auch, aber keinesfalls in erster Linie, eine Frage nach unseren Strukturen und unseren finanziellen Möglichkeiten.

Ich bin zuversichtlich: Aus dem Willen, eine Situation fröhlich und offensiv anzunehmen, und im Vertrauen auf Gottes Zusagen, wird es uns gelingen, diese Situation auch zu gestalten.

Was heißt das praktisch?

Zunächst sollten wir einmal froh sein, dass wir jetzt zwar ernüchtert, aber ziemlich klar die Zahlen vor Augen haben. Das ist ein großer Fortschritt. Denn auch unsere Kirche hatte in der DDR teil am System der Selbsttäuschung über unsere wirklichen Verhältnisse. Wir hatten z. B. keine genaue Buchführung über unsere Mitglieder. Wir erinnern uns: Die staatlichen Meldedaten waren alle tabu für uns. Und letztlich musste man seine Mitgliedschaft mindestens einmal jährlich dadurch zum Ausdruck bringen, dass man seine Kirchensteuer ins Pfarrhaus brachte. Etliche sind nicht gekommen und uns fehlte die Kraft, allen nachzugehen. Dadurch sind nicht wenige Gemeindeglieder aus unseren Listen schlicht herausgefallen, ohne aus der Kirche offiziell auszutreten. Selbst nach der Wende hat es sehr lange gedauert, bis wir einen einigermaßen stimmigen Abgleich der Daten hinbekommen haben. Oft mussten wir unsere Zahlen unserer Mitglieder korrigieren und meistens nach unten. Das war ein schmerzlicher Vorgang, verbunden mit Enttäuschungen und Trauer. Jetzt stimmen unsere Zahlen und die weisen aus, seit der Wende wird unsere Kirche langsam aber kontinuierlich kleiner. Auch wenn die Zahl der Kirchenmitglieder nicht ganz so schnell abnimmt wie die Zahl der Bevölkerung insgesamt, müssen wir uns darauf einstellen. (Und sollen dabei immer noch wachsen wollen!)

Allerdings gilt auch: Bei aller Dramatik wird man nicht sagen können, dass uns die finanzielle Entwicklung in ein Chaos gestürzt habe. Die KPS-Synode hat jetzt auch Haushaltsberatungen zu führen und darf bei allen Sparvorhaben doch auch dankbar feststellen, dass wir gnädigerweise immer noch über Mittel verfügen, die unseren Dienst ermöglichen. Für Thüringen und für die Föderation gilt letztlich ähnliches. Wohlgemerkt, diese Aussagen stimmen nur mit der Einschränkung, dass wir zu einem guten Teil abhängig sind von westlicher Hilfe. Wir können dankbar dafür sein, dass wir sie erhalten und vor allem so kontinuierlich erhalten. Dennoch werden wir uns darauf einstellen müssen, dass diese Hilfe kleiner werden wird. Wir hoffen allerdings, dass das Kleinerwerden „geordnet“ und langfristig geschieht und nicht zu unplanbaren Abbrüchen führt.

Eine Gefahr deutet sich aber an, die unsere Geschwister im Westen nur allzu gut kennen:

Zur Zeit werden unsere Finanzen nicht in dem selben Maße kleiner wie unsere Kirchgemeinden und das ist eine verführerische Entwicklung. Weil, wie ich dargestellt habe, der demografische Wandel mit den Auswirkungen für unsere Kirchen heute noch nicht so spürbar ist, müssen wir uns vor Täuschungen hüten. Unsere Kirche wird kleiner, aber das passiert nun vor allen Dingen in Bereichen, wo die finanziellen

Auswirkungen des Kleinerwerdens nicht ganz so dramatisch sind. Schlicht gesagt, wenn eine Kirche keine Kinder hat und ihr die Kinder fehlen, merkt sie das finanziell erst zwanzig Jahre später. Wer heute nicht geboren ist, zahlt in 25 Jahren weder Kirchensteuer noch Gemeindebeitrag oder gibt Kollekten und Spenden.

Ich möchte die jetzige Lage so deuten:

Es ist Ausdruck der Gnade Gottes, dass wir wissen, was auf uns zukommt und dass wir jetzt noch Zeit und auch Kraft haben, uns darauf einzustellen und die kommenden Zeiten zu gestalten. Das sollen wir deshalb auch kräftig tun.

4. Wahrnehmen, was ist, im Blick auf unsere Föderation

Das ist keine Frage: Die Bemühungen um unsere Föderation sind Ausdruck eines solchen gestalterischen Willens, der sich den Herausforderungen stellt. Ich bin überzeugt davon, dass die oft mühselige Arbeit an der Föderation genau diesem Willen geschuldet ist.

Unter den beschriebenen Rahmenbedingungen war es eine gute und richtige Entscheidung, den Schritt zur Föderation zu wagen. Wir sind da ein ganzes Stück vorangekommen.

Über alle Einzelheiten und über weitere zu gehende Schritte wird Sie, liebe Synodale, ein gesonderter Bericht unserer Präsidentin, Schwester Andrae, informieren.

Da ist längst noch nicht alles fertig. Es wird noch gestritten und gerungen werden müssen um den richtigen Weg und darüber, wie die Föderation zu gestalten sei. Wir wollen ja in dieser Synode das Projekt einer gemeinsamen Kirchenverfassung auf den Weg bringen. Vizepräsident Dr. Hübner wird dazu ausführlich einführen.

Ich möchte diese Gelegenheit einmal nutzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kirchenamtes und all den anderen zu danken, die sich in den unzähligen Arbeitsgruppen und Kommissionen um die Föderation mühen und daneben noch die alltägliche Arbeit zu vollbringen haben.

Andere Landeskirchen und die EKD blicken mit großem Interesse auf das, was in der EKM geschieht. Wir sind für viele zu einem hoffnungsvollen Modell geworden, ohne dass wir dies je wollten und ohne dass wir uns so fühlen. Spüren wir doch auch die ganze Mühsal des Weges und unsere kleinlichen Ängste und manchmal sogar unsere Ohnmacht. So prächtig, wie sich das von außen ansieht, ist es gar nicht. Lassen sie uns dankbar und ehrlich mit dem umgehen, was wir erreicht haben und was noch aussteht.

Wir sind noch mitten im Aufbruch, das ist uns allen deutlich, aber wir sind auch ein gutes Stück Weges vorangekommen. Aus meiner Sicht bestand der wohl entscheidendste Schritt darin, dass es uns gelungen ist, in einem mutigen Entschluss die beiden größten Einrichtungen unserer Landeskirchen, Landeskirchenamt und Konsistorium, miteinander sofort zu fusionieren. Der Entschluss zu dieser Entscheidung wurde zu einem Zeitpunkt gefasst, als man nur erahnen konnte, welche Schwierigkeiten im Detail damit verbunden sein würden. Seit dem 01. Oktober 2004 gibt es nur noch ein Kirchenamt, das sich zwar noch an zwei Standorten befindet, aber die Dezernentenstruktur ist eindeutig. Wir haben nur noch sechs Fachdezernenten, die jeweils für das ganze Kirchengebiet von Thüringen und der Kirchenprovinz zuständig sind. Alle Untergliederungen sind nach dem gleichen Prinzip durchgehalten. Auch wenn wir noch nicht in allen Themengebieten kirchlicher Arbeit völlig zusammenarbeiten - so sind z. B. die Personal- und Finanzverwaltung bisher noch getrennt - gibt es nur noch eine Amtsstelle, die sozusagen für drei „Dienstherren“ tätig sein muss. Das neue

gemeinsame Kirchenamt arbeitet für die Kirchenleitung der Teilkirche Kirchenprovinz Sachsen genauso wie für die Teilkirchenleitung der Thüringischen Kirche und hat als dritten Arbeitsgeber die Kirchenleitung der Föderation.

Wir konnten manche Organe verkleinern und auch in ersten Schritten die herkömmlichen Strukturen aneinander angleichen. Die Kompromisslinie war dabei der „Mittelweg“, bei dem das Mitspracherecht der kirchlichen Verwaltung in der Kirchenprovinz Sachsen wesentlich gestärkt worden ist, während in der Thüringischen Landeskirche das Mitwirken von Synodalen in kirchenleitenden Entscheidungsgremien eine kräftige Stärkung erfahren hat.

Das alles war ein mutiger Schritt, um den uns viele beneiden. Freilich war es auch ein schmerzvoller Weg, verbunden mit dem Abbruch von lange eingewöhnten Traditionen und Kulturen. Darüber wird noch zu sprechen sein.

Lassen Sie mich aber doch noch einmal eine generelle Einschätzung wagen. Wenn man mit kirchlichen Maßstäben misst, denen meist Behändigkeit und Schwerfälligkeit nachgesagt wird, ist die Föderation sehr schnell vorangekommen. In relativ kleinen Arbeitsgruppen wurden in zügiger zeitlicher Abfolge und unter großer Belastung derer, die in diesen Gruppen tätig waren, Weichen gestellt und Beschlüsse vorbereitet. Die ganze Sache hat an Fahrt gewonnen und auch hier ergibt sich wieder eine Ungleichzeitigkeit. Den einen geht das alles jetzt viel zu schnell und sie kritisieren, nicht ganz zu Unrecht, dass es nur schwer gelingt, Gemeinden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich mitzunehmen und in die Beschlüsse und Vorüberlegungen einzu beziehen. Andere kritisieren, dass die Kirche zu lange brauche und sich immer nur mit sich selbst beschäftige und doch endlich einmal von den Strukturfragen wegkommen müsse, um „zum Eigentlichen“ zu kommen.

Die Wahrheit liegt vermutlich - wie immer - ein Bisschen in der Mitte. Ja, es ist richtig, es war nur möglich, den von uns gewählten Weg zur Vorbereitung der Föderationsbeschlüsse so schnell zu gehen, weil er von relativ kleinen, sehr effektiv arbeitenden Gruppen gegangen worden ist. Und das hatte als eine Negativfolge, was ich in folgende Frage kleiden möchte: Ist es wirklich gelungen, alle in die Überlegungen mit einzubeziehen, wie es einer synodalverfassten Kirche eigentlich entsprechen müsste?

Die Doppelaufgabe wird uns bleiben. Wir werden uns in all den Überlegungen bemühen müssen, möglichst eine breite Informations- und Mitsprachemöglichkeit zu geben und dennoch auch möglichst zügig voranzukommen. Und dabei darf man sich keiner Illusion hingeben, vor uns liegen noch manche, hart zu bewältigende Brocken. Damit meine ich nicht nur die noch ausstehenden Entscheidungen zu solchen gewichtigen Fragen wie zur mittleren Ebene, zur geistlichen Leitung, zu Standort- und Finanzfragen usw.. Das alles wird noch viel Mühe und den Schweiß der Edlen kosten, aber jetzt geht es um mehr und das möchte ich hier in aller Offenheit beschreiben:

Es war für unsere Föderationsvorhaben ein unschätzbare Vorteil und es hat sich bis heute sehr positiv ausgewirkt, dass unsere beiden Kirchen von nahezu gleicher Größe sind. Dass wir vor den nahezu gleichen Herausforderungen standen und stehen, war uns ohnehin deutlich. Das hat alle Verhandlungen wesentlich entspannt. Hier haben nicht „Groß“ und „Klein“ oder „Arm“ und „Reich“ miteinander verhandelt und verschiedene Ängste ausgelöst, wir konnten immer – und können es bis heute – in Augenhöhe miteinander sprechen. Entsprechend konnten Kompromisse relativ leicht ausgehandelt werden, weil man sich dazu ja immer nur auf der „Mittellinie“ treffen musste.

Jetzt stehen wir aber zunehmend auch vor einer anderen Frage und die lautet: Gelingt es uns – unabhängig von unseren Herkommen und unseren verschiedenen Traditionen - nach vernünftigen, sachlich begründeten Lösungen zu suchen? Oder sind wir noch sehr stark darin befangen, dass wir eigentlich zwischen Kirchenprovinz und Thüringen Kompromisse aushandeln und ängstlich darauf bedacht sind, dass keiner dem anderen zuviel Zugeständnisse macht?

Diesem Thema müssen wir uns ganz ehrlich stellen, denn es ist schon eigentümlich zu hören, dass in Magdeburg eine ganze Reihe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Überzeugung sind, jetzt geht alles nach Thüringer Muster und unsere Kirche sei nicht in der Lage, die Interessen der KPS wirklich deutlich und gut genug zu vertreten. Und genau solche Stimmen höre ich auch aus Eisenach - nur in der umgekehrten Richtung. Das ist verständlich, wenn Menschen aufeinandertreffen, die je für sich ihre eigene Kirche lieben. Sie sind in der jeweilig vorhandenen Kultur groß geworden und zu Hause. Verständlicherweise beurteilen sie jede Veränderung danach, wie weit es gelungen ist, Anteile der eigenen Kultur „hinüberzuretten“. Und Sie fragen danach, ob ein ausgehandelter Kompromiss auch ein wirklicher Kompromiss sei, bei dem wir gleichviel an bei uns Bewährtem bewahren konnten und uns gleichviel an Veränderung zugemutet haben. Das ist verständlich, aber es reicht nicht aus. Am Ende wird gefragt werden müssen, ob die gefundene Struktur zukunftsfähig und bezahlbar ist. Liebe Schwestern und Brüder, es wird zu den Herausforderungen der nächsten Zeit gehören, diese Phase langsam zu beenden und die Gemeinsamkeit in den Vordergrund zu stellen und nach wirklichen Sachgründen zu fragen und weniger nach Proporz. Das ist leichter gesagt als getan, das weiß ich wohl!

Dass wir unsere Arbeitsgruppen immer paritätisch besetzt haben und besetzen, ist in Ordnung und kann auch so bleiben. Ob die Ergebnisse, die wir erzielen, wirkliche Kompromisse auf der Mittellinie sind, das wage ich zu bezweifeln, wenn es vernünftige und weiterführende Ergebnisse sein sollen.

Ich wünsche uns die geistliche Kraft, das deutlich zu sehen, in dem Anderen nicht denjenigen zu vermuten, der sich mit seinen Meinungen und seiner Position und seiner Tradition durchsetzen will, sondern uns alle in der Gemeinschaft derer zu wissen, die sich den Herausforderungen der Zeit mutig stellen wollen und nach Lösungen suchen, die Bestand haben. Das sagt sich relativ einfach, aber ich weiß, dass es in jedem einzelnen Fall und bei jeder einzelnen, manchmal sogar relativ kleinen Frage ziemlich schwierig umzusetzen ist.

Zum Ganzen gehört, dass wir unsere Überlegungen zur Föderation nun mit unserem sogenannten „Strukturanpassungsprozess“ verknüpfen müssen. Dabei weiß doch jeder, der dieses Wort in den Mund nimmt, dass es eine Beschönigung ist. Natürlich geht es darum, Kürzungen vorzunehmen und Streichungen und Konzentration auf bestimmte Arbeitsfelder – und das alles ist ein schmerzlicher Prozess und darum brauchen wir nicht herum zu reden.

Freilich sind wir uns einig, dass wir nicht nach dem berühmten „Rasenmäherprinzip“ verfahren wollen. Das sehen Jede und Jeder sofort ein und dieser Satz erfährt deutliche Zustimmung. Inhaltliche Fragestellungen sollen in den Vordergrund treten und wir wollen die berühmten „Prioritäten“ setzen. Auch das wird zumeist noch mit getragen. Aber dann beginnen bekanntlich die Schwierigkeiten. Wer Prioritäten benennen will, und jeder wird schnell bereit sein, seinen eigenen, von ihm heiß geliebten und mit großem Engagement vertretenen Arbeitsbereich als prioritär zu bezeichnen, muss auch „Posterioritäten“ benennen und die Zugabe auf einer Seite erfordert eine deutlichere Streichung auf der anderen Seite. Ich wage die Behauptung, wir haben da noch keinen guten Weg gefunden, wie wir solche „Posterioritäten“ benennen wol-

len. Denn gerade das darf ja nicht hinter verschlossenen Türen geschehen, sondern muss sich der Diskussion stellen. Wir haben in Anlehnung an die Grundsätze des Rates der EKD auch unsererseits solche Grundsätze formuliert, die Ihnen bekannt sein dürften. Kerngedanke war und ist dabei, die künftige Finanzpolitik weniger an der Vergangenheit, dem Althergebrachten und Altbewährten, sondern an den Erfordernissen und Herausforderungen der Zukunft zu orientieren.

Heute sehen wir, dass auch wir es schaffen müssen, was die EKD uns jüngst vorge-macht hat: Die Weiterarbeit an der mittelfristigen Finanzplanung. Auf der Synode konnte dazu eingeschätzt werden:

„Generell ist eine hohe Bereitschaft festzustellen, sich den strategischen Herausforderungen zu stellen und weit über die je eigene Interessenlage hinaus das Wohl der ganzen Kirche im Sinne der Grundsätze des Rates als Leitperspektive anzunehmen. Diese Bereitschaft und die darin zum Ausdruck kommende verantwortliche Haltung sind es, die eine Umsetzung des Konzeptes letztlich ermöglichen werden.“

Sind wir auch schon so weit? Freilich, die EKD hat es etwas leichter. Sie hat es zu-meist mit selbständigen „Zuschussempfängern“ zu tun. Aber auch wir werden noch etliches an Kraft investieren müssen, bis wir z.B. einen Haushaltsplan vorlegen können, der in einer Spalte den Haushaltsansatz des laufenden Jahres, in einer weiteren Spalte den geplanten Ansatz des Jahres 2009 und in einer dritten Spalte die prozentuale Veränderung (Kürzung oder Erhöhung) enthält. Unsere Finanzfachleute werden sich intensiv darum bemühen. Bei der inhaltlichen Festlegung der zukünftigen Schwerpunkte und vor allem bei der Festlegung der künftigen Streichungen oder Kürzungen können wir sie nicht allein lassen.

Wir alle wissen, dass es nicht nur um den berühmten „Abbau von Doppelstrukturen“ und das „Erzielen von Synergieeffekten“ geht. Wir werden auch Arbeitsbereiche verändern oder ganz aufgeben müssen, von denen wir alle miteinander überzeugt sind, dass sie notwendig sind und eigentlich auch nicht aufgegeben werden dürfen. Das ist schwer zu entscheiden und vor allem ist es schwer zu vermitteln, dass die Arbeit in einem Felde nicht umsonst war und nun missachtet würde, weil sie nicht fortgesetzt werden kann. In dieser Hinsicht ist auch die Streichung und Kürzung von Arbeitsfeldern eine geistliche Frage: Schaffen wir es wirklich, dankbar dafür sein zu können, dass wir manche Arbeiten, manche Einrichtung und manches Werk für einen längeren oder kürzeren Zeitraum haben finanzieren können, wenn das nun nicht mehr möglich ist?

Alle diese Fragen können und dürfen wir nicht bedenken, ohne zu fragen, was das aus unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern macht. Wie sehr wir ihre Befürchtungen und Sorgen hören und aufnehmen, wird zu einem entscheidenden Faktor werden.

5. Wahrnehmen, was ist, im Blick auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unsere Föderation ist ja so angelegt, dass zunächst einmal die Kirchengemeinden relativ wenig davon betroffen sind. Föderationsveränderungen betreffen vor allen Dingen die übergemeindlichen Arbeitsbereiche, die Einrichtungen und Werke und natürlich ganz besonders die Leitungsebene und unsere kirchlichen Verwaltungen. Auch die künftige Gestaltung der „mittlere Ebene“ steht gerade zur Verhandlung an. Es war ein mutiger und richtiger Schritt, das Kirchenamt zusammenzulegen, auch wenn es noch an zwei Standorten arbeitet. Aber gerade diese Veränderung hat für

einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur positive Züge. Sowohl in Thüringen wie in der Kirchenprovinz haben wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aufgrund der veränderten Strukturen aus der ersten Reihe, z. B. in den Kollegien von Konsistorium und Kirchenamt, in eine zweite Reihe zurücktreten mussten. Das ist schwerer getan als gedacht. Dabei geht es ja vornehmlich nicht um persönliche Belange sondern viel mehr um die Sorge, dass die in langen Jahren erworbene fachliche Kompetenz nun nicht mehr richtig in die Kirche und in die Entscheidungen der kirchenleitenden Organe einzubringen sei.

Auch wenn natürlich theoretisch allen klar ist, dass die Bildung von neuen Leitungsstrukturen nicht einfach durch Addition der vorhandenen Gremien geschehen konnte, und auch in Zukunft nicht so geschehen wird, so ist das Theorie, und die praktisch erfahrene Wahrheit für Einzelne bleibt dennoch schmerzlich. Das neue Kollegium des Kirchenamtes arbeitet jetzt seit einem guten Jahr. In diesem relativ kleinen Kollegium, es besteht ja nur noch aus acht Mitgliedern, entsteht zunehmend eine menschlich gute Atmosphäre und ganz selten noch erlebt man, dass gewissermaßen in Bänken gedacht und diskutiert wird, vielmehr gibt es wirklich zunehmend das gemeinsame Bemühen um die anstehenden Fragen. Solche kleinen, aber hoffentlich effektiv arbeitenden Gremien werden von außen oft mit Skepsis und manchmal mit Misstrauen betrachtet. Immer wieder steht die Frage, ob dieses kleine Gremium wirklich allen nötigen und vor allem allen vorhandenen Sachverstand einbezogen und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch wirklich beteiligt hat.

Ich habe in Magdeburg kürzlich einmal diejenigen zu einem Gespräch eingeladen, die bis vor einem Jahr noch Mitglied in dem Kollegium des Konsistoriums gewesen sind, und dies nun nicht mehr sein können. Ich sage es in aller Offenheit, ich war einigermaßen erschüttert von den Schwestern und Brüdern zu hören, wie sie ihre jetzige Arbeitssituation erleben und beschreiben. Das darf uns nicht egal sein, was aus diesen fachkompetenten Geschwistern wird und wie sie sich mit ihren Gaben und Fähigkeiten in unsere gemeinsame Aufgabe einbringen können. Freilich gibt es auch objektive Gründe für die benannten Schwierigkeiten: Die räumliche Trennung ist eine Belastung für das notwendige Zusammenwachsen in den Abteilungen des Kirchenamtes. Die für KPSler ungewohnte Struktur der Letztverantwortung der Dezernenten tut ein Übriges.

Ich vermute, dass das, was mir in der Begegnung mit den Referatsleitern in Magdeburg so deutlich geworden ist, kein KPS-Problem darstellt, sondern in Thüringen wohl ganz ähnlich gelagert ist. Auch scheint es unterschiedliche Ausprägungen der Probleme in den einzelnen Dezernaten zu geben. Das ist mit ganzem Ernst wahrzunehmen und ist zu bearbeiten, wenn die Föderation gelingen soll. Wir dürfen das nicht dem Selbstlauf überlassen. Letztlich gilt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kirchenamt, dass wir unsere Gemeinschaft und unser Miteinander bewusst gestalten müssen. Sorgen und Ärger müssen ausgesprochen werden können. Die zunehmende „Verrechtlichung“ des Umgangs miteinander, die wir aus dem gesellschaftlichen Umfeld so gut kennen, kann nicht nur passiv hingenommen werden. Wir brauchen eine Gemeinschaft, die als Gemeinschaft trägt. Wir erleben im Amt jetzt ähnliches, was auch die Geschwister in den Gemeinden, Supturen und Kirchenkreisen seit einiger Zeit kennen: Die Situation, in der wir leben und arbeiten, führt ganz schnell zur Vereinzelung. Wir werden so oft, gewissermaßen strukturbedingt, immer stärker zu Einzelkämpfern und das darf man nicht einfach geschehen lassen. Ich habe jedenfalls verstanden, dass ich auch als Bischof dieser Thematik mehr Aufmerksamkeit schenken muss und schenken will, als das bisher der Fall gewesen ist.

Schluss

Ich habe – hoffentlich mit der nötigen Klarheit – meine Einschätzung der Lage wiedergegeben. Sie merken selbst, dass man auch im Jahre 2005 nicht einfach von „Morgenröte“ oder „Abendröte“ wird sprechen können. Wir leben in spannenden Zeiten und wir können bei all den so ganz unterschiedlichen Feststellungen über unsere Situation gewiss noch ganz gespannt darauf sein, was Gott mit uns und unserer Kirche vor hat. Bitten wir darum, dass wir ihm dabei nicht im Wege stehen sondern möglichst danach trachten, seinen Willen zu erforschen und danach zu handeln.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat des Theologen Karl Barth. Er schreibt im Jahre 1940, in einer Situation, die von der unseren nun wahrlich unterschieden ist:

„Wer nicht glaubt, der wird sich ... inmitten der heutigen Weltlage vor dem, was zu sehen ist, gewiss lieber beide Augen verschließen und wird gewiss auch alles Moralische für schöne aber unausführbare Ideen halten. Es braucht aber nicht irgendeinen sondern den rechten Glauben, um heute klar zu sehen und das Rechte zu wollen und auch zu tun.“

Axel Noack

Anhang

Aus dem Teil 3 des Berichtes des Ratsvorsitzenden des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber vom 07. November 2005 vor der Synode der EKD in Berlin

(Quelle: www.ekd.de/synode)

...

3.1 Den eigenen Ort finden

...Viele Menschen finden heute ihren eigenen Ort nicht mehr. Sie fühlen sich heimatlos, unterwegs, ohne es zu wollen. Sie merken, wie der von ihnen eingeschlagene Lebensweg nicht zu dem von ihnen angepeilten Ziel führt. Dies gilt für manche Familie, die bald nicht mehr weiß, wie sie klar kommen soll. Es gilt für die Älteren, deren Rente, gegebenenfalls durch Erspartes ergänzt, nur noch für ein Auskommen genügt, das weit unter dem einst Erhofften bleibt. Es gilt für Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, allzu oft ohne Erfolg, oder die gut ausgebildet und hoch motiviert sich um einen Arbeitsplatz bemühen und doch ohne Arbeit bleiben. Es gilt für ältere Arbeitslose, die arbeiten wollen, dazu aber keine Chance mehr erhalten.

All diese Menschen wollen ihren eigenen Ort finden; aber sie können es nicht. Sie zweifeln an dem eingeschlagenen Lebensweg. In der Orientierungslosigkeit, die dadurch entsteht, dürfen wir sie nicht allein lassen. Die genannten Gruppen von Menschen brauchen Perspektiven, damit sie sich selbst wieder etwas zutrauen und deshalb auch anderen vertrauen.

Das Gefühl, politisch und gesellschaftlich abgeschrieben zu sein, darf sich nicht weiter ausbreiten. Jeder Mensch hat ein Recht auf einen eigenen Lebensentwurf. Er braucht Möglichkeiten dazu, ihn zu verwirklichen. Er braucht deshalb faire Chancen dafür, seine Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Auch von einer Bundesregierung, die vorhat, das strukturelle Haushaltsdefizit durch eine Kürzung der Ausgaben zu überwinden, muss man erwarten, dass sie das Recht der Menschen auf gesellschaftliche Beteiligung und Mitwirkung groß schreibt und ins Zentrum rückt. So konkretisiert sich die Erwartung, dass die soziale Gerechtigkeit in der notwendigen Fortführung des Reformprozesses in Deutschland als Maßstab verpflichtend bleibt.

Auch im Blick auf die aktuellen Koalitionsverhandlungen muss man daran erinnern: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat; das gehört zu den für alle verpflichtenden Verfassungsgrundsätzen. Auch in einer Zeit, die durch die Globalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen und insbesondere durch die Entstehung eines globalen Arbeitsmarktes geprägt ist, bleibt der Maßstab der sozialen Gerechtigkeit verpflichtend. Gewiss nötigt der demographische Wandel zu der Frage, wie die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft finanziert werden sollen. Gerade in einer solchen Situation ist wirtschaftlicher Erfolg eine wichtige Voraussetzung für die Finanzierung des Sozialstaats. Aber der Staat muss sein Handeln zugleich an dem Maßstab ausrichten, dass die Stärke eines Staates sich am Wohl der Schwachen bemisst.

Die Unmöglichkeit, den eigenen Ort zu finden, trifft in besonderer Weise bestimmte Gruppen von Migranten, denen ein gesicherter Aufenthaltsstatus verwehrt wird, obwohl sie sich lange in Deutschland aufhalten, weitgehend integriert sind und das Hindernis für eine Rückkehr in die Heimat nicht selbst zu verantworten haben. Die Synode hat sich bei ihrer letzten Tagung für eine Altfallregelung zugunsten von Aus-

ländern ausgesprochen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. In besonderer Weise habe ich Familien mit Kindern oder allein eingereiste Kinder und Jugendliche vor Augen. Gerade bei dieser Gruppe sind die Integrationschancen groß, die Integrationsbemühungen oft sehr erheblich und die Enttäuschungen entsprechend massiv. Durch gruppenspezifische Regelungen könnte Abhilfe geschaffen werden.

Deshalb wiederhole ich auch hier: Menschen, die sich über mehrere Jahre in Deutschland aufhalten und aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, müssen Rechtssicherheit über ihren Aufenthalt erhalten, um sich weiterhin zu integrieren. Es ist aus humanitären und integrationspolitischen Gründen geboten, diesen Menschen einen sicheren Aufenthaltsstatus zu verschaffen.

Dabei sollte nicht vergessen werden: Integration ist die einzige Alternative zur Bildung von Parallelgesellschaften. Wer die Tendenz dazu vermeiden will, sollte Möglichkeiten zur Integration nicht ungenutzt lassen.

3.2 Kinder und Familie

Die dramatische Lage der Familie in Deutschland ist auch in der Politik angekommen. Der 7. Familienbericht der Bundesregierung vom August 2005 belegt das. Das Lebensmodell Familie befindet sich in einer Krise. Mit Einzelmaßnahmen allein – einem verbesserten Betreuungsangebot, dem Elterngeld oder einer familienfreundlichen Arbeitsgestaltung – kommt die notwendige Korrektur nicht zustande. Auch in den bisherigen Veröffentlichungen zum Familienbericht der Bundesregierung ist deshalb von einem Mentalitätswandel die Rede. Nur wenn Menschen von sich aus Ja zur Familie sagen, werden sie in einer Familie leben. Dieses Leben zu gestalten, kann und muss ihnen durch viele politische Maßnahmen erleichtert werden. Aber das Ja muss von ihnen selbst kommen.

Dabei finde ich besonders beunruhigend, dass gerade junge Frauen und Männer, die sich in Ausbildung und Beruf besonders engagieren, sich damit zugleich in viel zu vielen Fällen gegen Kinder entscheiden. Ihre Lebenssituation sollten wir ernst nehmen; und auch die Vielfalt von Formen, in denen Menschen ihr Leben und ihr Zusammenleben verantwortlich zu gestalten suchen, verdient Respekt. Doch die Ermutigung zur dauerhaften, verlässlichen und vertrauensvollen Partnerschaft in Ehe und Familie bildet einen besonders wichtigen Kernpunkt dessen, was wir als Kirche in die Diskussion über die Zukunft der Familie einbringen.

Partnerschaft und Familie stehen unter jungen Leuten als Lebensziele wieder hoch im Kurs. Die Verwirklichung dieses Wunsches sollte ihnen nach Möglichkeit erleichtert werden. Wenn sie eine Familie gründen, wird diese gewiss anders aussehen als die Familie des 19. oder 20. Jahrhunderts. Die größere Fairness in der Partnerschaft zwischen Frauen und Männern und die gerechtere Verteilung der Familienarbeit zwischen ihnen werden zu den erfreulichsten Aspekten dieser Veränderung gehören. Diesen Mentalitätswandel zu befördern, sollte eine Hauptaufgabe in Erziehung und Bildung, in Ausbildung und Arbeitswelt, in Wirtschaft und Staat sein. Als Kirche wollen wir uns daran kräftig beteiligen. Denn auch hier gilt: Seid barmherzig mit denen, die zweifeln, und ermutigt sie.

3.3 Sich kreuzende Lebenswege

Der demographische Blick nach vorn macht deutlich, dass die Hoffnung auf ein langes Leben wächst. Der Anteil der über Sechzigjährigen wird von heute 23 Prozent auf bis zu 40 Prozent im Jahre 2050 ansteigen. Die Kehrseite heißt: Es wird weniger junge Menschen geben. Die Zahlenverhältnisse zwischen den Generationen in einer heutigen Ein-Kind-Familie – ein Kind, zwei Eltern, vier Großeltern – werden zum gesamtgesellschaftlichen Modell.

Die Kreuzungen zwischen älteren und jüngeren Biographien müssen neu gestaltet werden; denn die natürlichen Schnittmengen nehmen ab. Der von manchen bereits beschworene Kampf der Generationen darf dabei nicht zum bestimmenden gesellschaftlichen Grundmuster werden. Vielmehr müssen die Interessen der Alters-Lobby zu den Interessen der jüngeren Generationen in ein positives Verhältnis gesetzt werden. Ältere werden ihre Kräfte in verstärktem Maß auch in gemeinwohlorientierter Arbeit einsetzen, die von Jüngeren – bei vermutlich steigenden Arbeitszeiten – kaum mehr bewältigt werden kann. Der Generationenvertrag muss neu justiert werden.

Auch die Arbeit in Kirchen und Gemeinden muss sich auf diese neuen Voraussetzungen einstellen. Sie bietet besonders gute Voraussetzungen für Schnittstellen zwischen Alten und Jungen. Die Kirchengemeinden sind in herausragender Weise dazu geeignet, dem Miteinander der Generationen eine neue und überzeugende Form zu geben.

Als Kirche treten wir dafür ein, dass die Würde des Menschen in jeder Lebensphase, vom Beginn bis zum Ende des Lebens gewahrt wird. Angesichts der erneuten Diskussion über die gesetzliche Zulassung der Tötung auf Verlangen stelle ich dabei mit aller notwendigen Klarheit fest, dass ein solches Vorhaben mit christlichen Grundüberzeugungen, mit dem ärztlichen Ethos und dem geltenden Recht unvereinbar ist. Wir setzen uns dafür ein, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Dafür ist es allerdings erforderlich, sich den Entwicklungen zu stellen, aus denen die Diskussion über die aktive Sterbehilfe entsteht. Die Fortschritte der Medizin haben nicht nur zur Folge, dass viele Menschen ein höheres Alter in guter Gesundheit erreichen können. Sondern sie bewirken auch eine Medikalisierung des Alters und des Sterbens, die große Befürchtungen auslöst. Viele Menschen haben begründeterweise die Angst, dass ihr Leben auch dann noch medizinisch verlängert wird, wenn es für sie selber Zeit zum Sterben ist. Die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD hat dazu hervorgehoben, dass es dem einzelnen zuerkannt werden muss zu erkennen, dass auch dem Sterben seine Zeit gesetzt ist, in der es darauf ankommen kann, den Tod zuzulassen und seinem Kommen nichts mehr entgegenzusetzen. Dafür muss auch angesichts der modernen medizinischen Möglichkeiten Raum bleiben oder genauer: wieder geschaffen werden. Palliativmedizin und Hospizarbeit, Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen müssen dafür in stärkerem Maß als bisher entwickelt und eingesetzt werden.

Für die Zulassung der Tötung auf Verlangen und für die organisierte Beihilfe zur Selbsttötung wird geltend gemacht, das Selbstbestimmungsrecht des Menschen schließe das Recht ein, den eigenen Tod selbst herbeizuführen beziehungsweise herbeiführen zu lassen. Wir halten dem entgegen, dass es einen fundamentalen Unterschied macht, ob man den Tod zulässt oder ob man ihn herbeiführt. Einen ande-

ren Menschen dafür in Anspruch zu nehmen, den Tod herbeizuführen, muss erst recht ethisch ausgeschlossen bleiben.

Darüber hinaus besteht die große Gefahr, dass leidenden Menschen aus ihrer Umwelt der Wunsch nach Beendigung ihres Lebens nahe gelegt wird. Es erweist sich gerade in diesem Zusammenhang als falsch, das Recht auf Selbstbestimmung und die Fürsorge für das Leben gegeneinander auszuspielen. Sie müssen vielmehr miteinander verbunden bleiben. Über diese Fragen brauchen wir eine breite öffentliche Diskussion und insbesondere einen intensiven Dialog zwischen Medizin und Glaube.